Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7147**

16. Wahlperiode 14. 11. 2007

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt,Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan, Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/2088 –

Biologische Kohlenstoffsenken für den Klimaschutz nutzen

A. Problem

Das Kyoto-Protokoll sieht neben den sog. flexiblen Instrumenten (Emissionshandel, Joint Implimentation – JI – und Clean Development Mechanism – CDM) die Möglichkeit vor, die Kohlenstoffeinbindung in sog. Senken (z. B. in Wäldern) innerhalb bestimmter Grenzen auf die jeweiligen nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen anzurechnen. In dem Antrag wird gefordert, dass die Bundesregierung diese Option des Kyoto-Protokolls für Wälder in Deutschland wahrnimmt und darauf hinarbeitet, dass innerhalb des europäischen Emissionshandels mit Zertifikaten die Nutzung von Waldsenkenprojekten berücksichtigt wird. Darüber hinaus soll bei internationalen Verhandlungen darauf hingewirkt werden, dass auch die Kohlenstoffspeicherung im Holz aus nachhaltig genutzten Wäldern berücksichtigt wird. Schließlich sollen in Pilotregionen Monitoring-Systeme für Kohlenstoffsenkenprojekte entwickelt und die Technologieentwicklung zur energetischen Nutzung von Biomasse aus Wäldern gefördert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 16/2088 abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2007

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva-Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Reinhard Loske

I.

Der Antrag auf **Drucksache 16/2088** wurde in der 54. Sitzung des Deutschen Bundestages am 28. September 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie überwiesen.

II.

Neben den sog. flexiblen Instrumenten (Emissionshandel, Joint Implimentation – JI – und Clean Development Mechanism – CDM) sieht das Kyoto-Protokoll die Möglichkeit vor, die Kohlenstoffaufnahme von Ökosystemen als Klimaschutzmaßnahme anzurechnen. Dabei geht es um die Kohlenstoffeinbindung in s. g. Senken (z. B. in Wäldern) und die Möglichkeit, diese innerhalb gewisser Grenzen auf die jeweiligen nationalen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion anzurechnen.

Nach dem Antrag soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

– im Rahmen des internationalen Handels mit Treibhausgaszertifikaten auch die Option des Artikels 3.4 des Kyoto-Protokolls für Wälder in Deutschland wahrzunehmen und sich die Nettosenke im erlaubten Rahmen anrechnen zu lassen,

– darauf hinzuarbeiten, dass innerhalb des europäischen Handels mit Zertifikaten, analog zum internationalen Handel, die Nutzung von Waldsenkenprojekten auch für die betroffenen Unternehmen möglich ist, damit diese so kostengünstig wie möglich ihre Emissionen kompensieren können,

– im Rahmen der internationalen Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass auch die Kohlenstoffspeicherung im Holz aus nachhaltig genutzten Wäldern bei der Erfassung der Bestandsdaten berücksichtigt wird, um die tatsächliche Leistung von nachhaltig genutzten Wirtschaftswäldern in Wert zu setzen,

– in Pilotregionen in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Monitoringsysteme für Kohlenstoffsenkenprojekte zu entwickeln und zu realisieren und

– die Technologieentwicklung zur energetischen Nutzung von Biomasse aus Wäldern zu fördern.

III.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technolgie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/2088 abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/2088 in seiner Sitzung am 21. März 2007 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob die Bedeutung des Holzes als Baustoff und Energieträger hervor und wies auf die klimapolitische Bedeutung von Kohlenstoffsenken hin, deren Anrechnungsmöglichkeit zu Recht im Kyoto-Protokoll verankert sei. Dem Antrag sei insoweit zuzustimmen, als dieses Thema bei internationalen Verhandlungen zur Sprache gebracht werden solle. Der Schwerpunkt der Bemühungen werde allerdings eher bei der Frage liegen, inwieweit Urwälder geschützt, Brandrodungen vermieden und wie insbesondere in Entwicklungsländern wieder aufgeforstet werden könne. Auf nationaler Ebene stelle sich jedoch die Frage, ob die Möglichkeit der Anrechnung von Kohlenstoffsenken ein ebenso wirksames Instrument des Klimaschutzes wie JI und CDM sein könne. Dieses Instrument sei durchaus geeignet, eine nachhaltige Forst- und Waldwirtschaft in Deutschland zu unterstützen. Andererseits müsse verhindert werden, dass hierdurch andere Klimaschutzbemühungen in Deutschland eingeschränkt würden.

Die **Fraktion der SPD** wies auf die große Bedeutung von Wäldern und Senken im Rahmen des Klimaschutzes hin. Der letzte IPCC-Bericht habe gezeigt, dass darin ein großes Potenzial zur CO_2-Reduzierung liege. Dies gelte vor dem Hintergrund von brennenden Wäldern, der Rodung von Regenwäldern und ausgetrockneter Moore insbesondere in Ostasien. Auch die Globe-Veranstaltung am 3. und 4. Juni 2007 werde sich mit dem illegalen Holzeinschlag befassen. Der Antrag der Fraktion der FDP erwecke zu Unrecht den Eindruck, als seien zahlreiche Fragen des Anrechnungsverfahrens geklärt. Beispielsweise sei unklar, wie die BIODIV-Anforderungen, die u. a. zur Erhaltung von „hochwertigen" Wäldern beitrügen, erfüllt werden könnten. Insoweit bedürfe es der Entwicklung und Durchführung von Pilotprojekten. Die Anrechnung von Wäldern und Senken auf die Emissionsreduktionsverpflichtungen sei in Deutschland skeptisch zu beurteilen, zumal sich ein genaues Monitoring schwierig gestalten dürfte. Der Antrag der Fraktion der FDP enthalte zwar einige Diskussionsansätze, sei jedoch aus den genannten Gründen abzulehnen.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, ihr gehe es darum, das Instrument der Anrechnung von biologischen Kohlenstoffsenken auf die Emissionsreduktionsverpflichtungen auf nationaler und europäischer Ebene stärker zu verankern. Dem Thema Aufforstung müsse im Vergleich zum Thema erneuerbare Energien bei der Klimaschutzdiskussion insgesamt ein stärkeres Gewicht zukommen. Es sei nahe liegend, die Kyoto-Instrumente auch für die Wälder in Deutschland zu nutzen. Kohlenstoffsenken müssten in den europäischen Emissionshandel einbezogen werden. Darüber hinaus spreche sich die Fraktion der FDP dafür aus, in Pilotregionen in Zusammenarbeit mit den Bundesländern Monitoring-Systeme für Kohlenstoffsenkenprojekte zu entwickeln und zu realisieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hob die zentrale klimapolitische Bedeutung hervor, die dem Schutz bestehender Wälder zukomme. Die Grundaussage des Antrags der Fraktion der FDP, dass durch Aufforstung brachliegender Flächen Koh-

lendioxid gebunden und damit ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet werde, sei zutreffend. Es sei jedoch ein grundlegender Unterschied, ob CO_2-Emissionen z. B. durch ein fossiles Kraftwerk tatsächlich reduziert würden, oder ob CO_2-Emissionen lediglich in Bäumen vorübergehend gebunden würden. Beispielsweise sei es möglich, dass ein Wald z. B. durch Waldbrände sogar zu einer CO_2-Quelle werde. Beziehe man neben CO_2 auch andere Treibhausgase wie Lachgas oder Methan ein, so schneide die Treibhausbilanz ökologischer Forstwirtschaft – wie neuere Forschungsergebnisse zeigten – gegenüber der monokulturellen Forstwirtschaft nicht unbedingt positiv ab. Waldschutz dürfe somit nicht allein mit Blick auf den „CO_2-Markt“ betrieben werden. Wie auch die Bundesregierung einräume, lägen die methodischen, rechtlichen, finanziellen und technischen Voraussetzungen für eine Bestimmung der in Wäldern gebundenen CO_2-Mengen und damit der Anrechenbarkeit von Senken derzeit nicht vor, so dass mit dem Instrument derzeit ein „Einfallstor“ für Manipulationsversuche geschaffen würde. Der Antrag der Fraktion der FDP werde daher abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** vertrat die Auffassung, der Antrag enthalte richtige Ansatzpunkte. Dem Schutz und der nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder komme immer stärkere Bedeutung zu. Auf internationaler Ebene werde verschiedentlich die Anrechenbarkeit des Schutzes und der Bewahrung vorhandener Wälder als Klimaschutzmaßnahme gefordert, so dass hier eine weitere Diskussion zu erwarten sei. Insoweit gebe es derzeit noch viele methodische Unwägbarkeiten. Es bestünden erhebliche Zweifel, ob die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls der richtige Ansatzpunkt zum Schutz der Wälder und zum Klimaschutz seien. Der Antrag der Fraktion der FDP sei in seiner konkreten Ausprägung abzulehnen. Die Anrechnung von Waldbeständen in Deutschland dürfe nicht dazu führen, dass die CO_2-Bilanz im Rahmen des Klimaschutzes „schöngerechnet“ werde. Durch diese Diskussion dürfe auch nicht von der Notwendigkeit des Umbaus des Energiesystems in Deutschland abgelenkt werden. Es dürften keine falschen Anreize im Rahmen der Biodiversität gegeben und keine „Luftbuchungen“ bei der Berechnung der nationalen Emissionsreduktionsverpflichtungen gemacht werden.

Die **Vertreterin der Bundesregierung** trug vor, dass eine Verknüpfung des Themas Klimaschutz mit dem Thema Waldschutz grundsätzlich sachgerecht sei und daher befürwortet werde. Die Entwicklung der richtigen Instrumente, um Mitnahmeeffekte und Missbrauch zu vermeiden, sei jedoch schwierig. Die Bundesregierung habe sich darauf verständigt, die Anrechnung von Senken im Bereich der Forstwirtschaft, nicht jedoch bei Acker- und Weideland zu nutzen. Es sei vorgesehen, dass vom Jahr 2008 bis 2012 4,55 Mio. Tonnen CO_2 pro Jahr in Deutschland auf das Klimaschutzziel angerechnet werden könnten. Es sei geplant, die Senkengutschriften im internationalen Emissionshandel zu verkaufen und den Erlös einem Fonds zuzuführen, der der Förderung des Waldschutzes dienen solle. Die Forderungen im Antrag der Fraktion der FDP gingen zu weit, weil die Regularien zur Anrechnung von Kohlenstoffsenken noch nicht entwickelt seien und daher eine Anrechnung im europäischen Emissionshandel nicht möglich sei. Darüber hinaus müsse eine Überarbeitung der EU-Emissionshandelsrichtlinie abgewartet werden.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/2088 abzulehnen.

Berlin, den 21. März 2007

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva-Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333